

Heute vor 18 Jahren



1. 12. 1996: Gegen das Vergessen. Der 27. Zürcher Fackelumzug zum Welt-Aids-Tag wird von der Zürcher Aids-Hilfe organisiert und zieht durch die Innenstadt. Mit Ausstellungen, Informationsständen und weiteren Anlässen wird noch stets auf das anhaltend wichtige gesellschaftliche Gesundheitsproblem hingewiesen. Foto Keystone

Einspruch

Hokuspokus Energiewende

Von René Weiersmüller

Wer sich jahrzehntelang ohne Wahrnehmung eigener Interessen mit Energie- und Umweltproblemen beschäftigt, wundert sich. Vor drei Jahrzehnten half ein herbeigeredetes Waldsterben, um gewisse Ziele zu erreichen. Bei der Energiewende streuen heute ganze Seilschaften von Interessenvertretern dem Volk Sand in die Augen – wohl wissend, dass niemand von den Protagonisten dereinst zur Verantwortung gezogen werden kann. Die Fakten sind:

Die Trinkwarmwassererwärmung ist die aussichtsreichste Nutzung der thermischen Sonnenenergie. Dieses Warmwasser ist allerdings in der Regel immer noch rund zwei- bis dreimal teurer als konventionell erzeugt.

Bei der Fotovoltaik ist der deutlich höhere Strompreis nicht einmal das Hauptproblem. Kaum bezahlbar sind vielmehr der Ausgleich des je nach Wetter unregelmässig anfallenden Solarstroms, die Lösung des Tag/Nacht- und des Sommer/Winter-Dilemmas sowie die sinnvolle Nutzung der ausserordentlich hohen Spitzenleistungen an sonnigen Sommertagen. Bei grösserer Verbreitung ist daher nicht mit einer Verbilligung des Solarstromes zu rechnen, sondern vielmehr (trotz intelligenter Vernetzung) mit einer happigen Verteuerung.

Durch die enorme Verbreitung elektrisch betriebener Wärmepumpen zu Heizzwecken sinkt zwar der CO₂-Ausstoss. Trotz Gratiswärme aus Luft oder Boden resultieren jedoch klar höhere Betriebskosten – mit steigender Tendenz vor allem als Folge des Solarstrommankos im Winter und damit teurerer Elektrizität. Es sei denn, die Lücken werden auf intellektuell unredliche Art durch (vordergründig atomkraftfreien) Strom aus Frankreich oder Braunkohlestrom aus Deutschland gedeckt. Gemäss Faustformel erfordert im Altbereich eine Energieeinsparung von jährlich einem Franken etwa 100 bis 200 Franken Investitionskosten. Eine Wirtschaftlichkeit ist somit selbst ohne Anrechnung einer Zinslast völlig illusorisch.

Um die miserable Rentabilität zu vertuschen, wird das Volk mit Subventionen, Fördergeldern und bedingt auch mit Lenkungsabgaben geködert. Diese Gelder bezahlt weder der Staat noch der liebe Gott. Sie werden dem Volk vielmehr vorher aus der Tasche

Bei der Energiewende streuen heute ganze Seilschaften von Interessenvertretern dem Volk Sand in die Augen

gefördert (daher Fördergelder). Doch selbst dann wird es nicht klappen – um rigorose Zwangsmassnahmen und sozialistische Planwirtschaft (mit den Mietern und Konsumenten als Hauptleidtragende) werden wir nicht herumkommen.

Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn die Volksmehrheit im ungeschminkten Wissen aller Folgen das wollte. Die Realität sieht jedoch anders aus – man vergleiche dazu die Irreführungen zu den Kosten für den Atomausstieg: Vor gut drei Jahren wurden diese mit fünf Franken je Jahr und Haushalt beziffert. Mit dem jetzigen Stromzuschlag für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) von 1,1 Rappen je kWh sind diese Umstiegskosten innerhalb dreier Jahre bereits auf das Zehnfache, also auf 50 Franken pro Jahr und Haushalt gestiegen. Anzeichen für einen Atomausstieg sind nicht in Sicht, wohl aber die Forderung nach einer weiteren Erhöhung der KEV-Abgabe auf 2,3 Rp./kWh (plus MWSt, entspricht Mehrkosten von rund 100 Franken pro Jahr und Haushalt) sowie einer zusätzlichen Steuer auf Strom aus Uran, Kohle und Gas. Es werden noch lange nicht die letzten Forderungen sein.

René Weiersmüller, Meilen, ist Chemiker HTL/Ing. SIA.

Briefe

Unwahr und diffamierend

Kompetenz schützt vor dem Burn-out; BaZ 20. 11. 14

Nach mehr als 40 Jahren Schuldienst an der Oberstufe im Kanton Solothurn deckt sich der Artikel nicht mit meinen Beobachtungen. Ich bin ohne Burn-out bis zur Pensionierung gekommen. Nie würde ich es wagen, dies meiner fachlichen Kompetenz zuzuschreiben, und der Satz: «Kompetente Lehrkräfte riskieren kein Burn-out», ist herabwürdigend und falsch.

In meinem Umfeld hat es eine ganze Reihe Kollegen erwischt, und es traf vorwiegend Leute, für die ich in Sachen Kompetenzen die Hand ins Feuer legen würde. In diesem Beruf kommt Kritik schnell und Lob ist sehr selten. Probleme sind: «Grenzenlosigkeit der Aufgabenstellung». Das ständige Gegenüber von 20 Individuen, auf die man spontan eingehen muss, ohne dass man sich zuvor absichern kann, innerhalb von Sekunden reagieren muss, und das hundert Mal am Tag, das fordert, und Fehler sind unvermeidlich. Kommt nun Kritik, besteht gerade bei Gewissenhaften, die gerne unterrichten, die Gefahr, dass sie die Fehler bei sich suchen und die Gedanken sich im Kreis drehen. Da sind dann solche Artikel fatal, welche einem ungeschminkt vorwerfen, man sei inkompetent und daher selber schuld. Bedenklich ist, dass solche Elaborate von der Pädagogischen Hochschule kommen, wohl von Leuten, die mit Studenten abgehobene, pädagogische Probleme reflektieren, aber kaum jahrelang täglich vor einer Klasse mit integrierten oder der Sprache nur halbwegs mächtigen Schülern standen.

Zynisch finde ich die Aussage in der Studie, kleinere Schulklassen und weniger Lektionen hätten keinen entscheidenden Einfluss auf das Arbeitsengagement. Sie sind ja am Anschlag! Dies ist jetzt Präsentismus, woran die Lehrer selber schuld sein sollen. Nicht die heutige Jugend verleidet einem die Schule, sondern solche Hilfestellungen, besonders, wenn sie von der PH kommen.

Jean-Pierre Marquis, Büsserach

Werden da vielleicht Fehler vertuscht?

Täter kündigte Amoklauf an; BaZ 15. 11. 14

Weshalb sollte der befreundete Mann des Amokschützen «vom Kleinbasel» lügen? Oft scheint mir, dass wir Bürger als unmündig abgewimmelt werden.

Vielmehr sollte man die Version von Marc Graf infrage stellen, mit der Behauptung, dass der Täter vor der Gewalttat nicht durch eine fürsorgliche Unterbringung in den Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) war? Schliesslich steht Aussage gegen Aussage? Aus Erfahrung kenne ich den Kampf und die Überzeugungskraft, bis Angehörige oder Freunde als glaubwürdig erkannt werden und sich an entsprechenden Stellen Gehör verschaffen können. Werden da nicht Fehler vonseiten der Universitären Psychiatrischen Kliniken vertuscht, welche diese angekündigte Tat hätten verhindern können?

Lisa Büschlen-Kohlbreuner, Basel

Viel zu viele offene Fragen

Wie viel darf Harmos kosten?; BaZ 13. 11. 14

Ein latent vorhandener Konflikt bricht offen aus. Wegen Behörden, die zuerst gar nicht, dann nur widerwillig und oberflächlich und zuletzt mit grenzwertigen Mitteln kommunizieren. Ein Beispiel: Der versprochene Schulbus soll die Steuerzahler pro Jahr nur 20000 Franken kosten. Dies tönt nach einer günstigen Lösung, die den Steuerzahler nicht gross kümmert und den Schulweg an der Dorferipherie verkürzt. Der Schulbus wird für dieses Budget jedoch nicht täglich und nur zur Mittagszeit fahren. Morgens und abends ist kein Schulbus vorgesehen. Die Behörden lassen uns weiter im Ungewissen, wo genau die Haltestellen sein werden. Es ist zu vermuten, dass die neuen Haltestellen dem Dorf mit den sonst schon vielerorts engen Strassen nicht guttun werden. Die Belastung der Schulquartiere und deren Zubringerstrassen durch die

unvermeidlichen Elterntaxis wird das heutige Ausmass mit Sicherheit übersteigen.

Es hat nichts mit Egoismus oder Rassismus zu tun, am 30. November ein Nein zur Neuorganisation der Schule abzugeben. Es sind ganz einfach noch viel zu viele Fragen offen.

Daniel und Andrea Schweizer, Füllinsdorf

Ist es Arroganz oder Unvermögen?

Unter den Rädern eines weissen Lieferwagens; BaZ 22. 11. 14

Der Bundesrat befasse sich mit der Ecopop-Initiative gar nicht oder dann verheerend arrogant, schreibt Markus Somm. Der Eindruck ist richtig, doch, Herr Somm, bleiben Sie etwas milder mit den gestressten Magistratspersonen. Es könnte ja sein, dass sie, die Magistratspersonen, beim Verdecken ihrer Passivität, ihrer Inkompetenz nur so auf den Bürger wirken.

Ihr Unvermögen zu führen, mehrheitsfähige Entscheide zu fassen, kollegial zu arbeiten, ist doch eklatant. Geführt wird, so der Eindruck, nur durch die Chefbeamten, dies ohne griffige Kontrolle. Und am Schluss steht das bundesrätliche Kollektiv mit abgesägten Hosen da (siehe zum Beispiel die Insieme-Pleite). Dass bei ihm so eine depressive Stimmung aufkommt, Churchills «schwarzer Hund» (BaZ 15.11.14) erscheint und dann der Draht zum Volk vollends verloren geht, ist unvermeidlich. Abhilfe in absehbarer Zeit kann nur das Parlament erwirken.

Gustav Dändliker, Therwil

Umdenken ist jetzt angesagt

Der Liebrüti-Turm spaltet das Dorf; BaZ 11. 11. 14

Der Investor plant auf dem Einkaufszentrum ein Hochhaus, genannt Domus. Hochhäuser sind offensichtlich in unserer Region nicht beliebt, ist doch in Basel die Stadttrandentwicklung abgelehnt worden, weil die Bevölkerung solche Hochhäuser nicht wollte.

Im vorgesehenen Liebrüti-Hochhaus sind über 100 Kleinwohnungen für «Alleinstehende, Menschen im fortgeschrittenen Alter, Lehrlinge und junge Berufsleute und geschiedene Familien» geplant – ein Zielpublikum, das zu häufigen Mieterwechseln führen wird. Damit wird sich das Steuersubstrat der Gemeinde auch nicht grossartig erhöhen. Kürzlich wurde bekannt, dass die Roche ihre Anzahl Arbeitsplätze von 2500 auf 5000 verdoppeln will. Damit entstehen viele neue Stellen für meist hoch qualifizierte Mitarbeitende. Aber keiner dieser neuen Mitarbeitenden wird in einem Turm mit Kleinwohnungen ziehen wollen. Potente Steuerzahler werden eher nach Rheinfelden in den Salmenpark ziehen, wo das Angebot ihren Bedürfnissen entspricht. Ist das nicht der Moment zum Umdenken? Ein neues Projekt ohne Hochhaus mit einem grösseren Wohnungsmix ist gefragt. Ursprünglich standen innerhalb der Liebrüti drei Standorte zur Diskussion. Eine der zwei anderen Standorte eignet sich doch sicher dafür. Und es gäbe erst noch Wohnungen im Grünen.

Max Heller, Kaiseraugst

So sicher könnte es sein

Die Armee schliesst den Luftraum; BaZ 27. 11. 14

3600 Soldaten und 1000 Polizisten: Basel wird endlich wieder sicher!!! Juhui!!!... Aber leider nur für zwei Tage...

Dieter Scherrer, Frenkendorf

An unsere Leserinnen und Leser

Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigen Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank. <http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel